

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

4.2.1922 (No. 30)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 853
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. Mendel
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Zeugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 A. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühr: 80 P. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Anzeigen, die eine Verletzung der Rechte anderer oder Konturverfälschung enthält, wird die Redaktion nicht verantwortlich gemacht. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Raubverbrechen, Betriebsstörungen, Betriebsstörungen im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Steuervergünstigungen für den Wohnungsbaubau.

Die in jüngerer Zeit erlassenen Reichs- und Landessteuergesetze sehen in weitgehendem Maße Steuerbefreiungen und fühlbare Steuererleichterungen für den Kleinwohnungsbau vor, die geeignet sind, zur Behebung der Vantätigkeit und Milderung der Wohnungsnot beizutragen.

So bestimmt der § 36 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vom 4. August 1921, daß Gebäude mit Kleinwohnungen, die ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel oder von öffentlichen Körperschaften oder gemeinnützigen Bauvereinigungen erstellt werden, zehn Jahre lang zur Grundsteuer des Staates, der Gemeinde und des Kreises nicht beigezogen werden. Gemeinnützige Bauvereinigungen bleiben nach § 47 Ziffer 5 des genannten Gesetzes von der Gewerbesteuer befreit.

Der § 59 des Reichseinkommensteuergesetzes in der Fassung vom 24. März 1921 bestimmt, daß der Steuerpflichtige seine Aufwendungen für die Anschaffung von Kleinwohnungen, die in den Jahren 1920 bis einschließlich 1923 baulich beendet worden sind, über den gemeinen Wert der Bauten hinaus bei der Ermittlung des steuerbaren Einkommens in Abzug bringen kann; dasselbe gilt für Beiträge, die er gemeinnützigen Bauvereinigungen in diesen Jahren zugewendet hat.

Unentgeltliche Zuwendungen an solche Vereinigungen, sowie an Länder, inländische Gemeinden (Gemeindeverbände) oder öffentlich genehmigte inländische Stiftungen sind, soweit sie ausschließlich für Zwecke der Förderung des Kleinwohnungsbau bestimmt sind, nach § 10 der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 12. Juni 1921 zur Ausführung des § 59 des Einkommensteuergesetzes auch von der Erbschaft- oder Schenkungssteuer befreit.

Weiter unterliegen gemeinnützige Siedlungsgesellschaften und Bauvereinigungen nach § 30 Ziffer 4 des Zuwachsteuer-
gesetzes vom 14. Februar 1919 nicht der Zuwachsteuer.

Ferner sind nach § 8 Ziffer 3 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 von der Umsatzsteuer befreit Unternehmen, deren Zweck ausschließlich gemeinnützig oder wohltätig sind, soweit es sich um solche Umfänge dieser Unternehmen handelt, bei denen die Entgelte hinter den durchschnittlich für gleichartige Leistungen von Erwerbsunternehmungen vereinbarten Entgelten zurückbleiben.

Endlich wird nach § 8 Ziffer 9 des Grunderwerb-
steuergesetzes vom 12. September 1919 diese Steuer bei Grundstücksübertragungen nicht erhoben, wenn als Erwerber oder Veräußerer gemeinnützige Siedlungsgesellschaften oder Bauvereinigungen beteiligt sind.

Rußland und die Konferenz von Genua.

Man schreibt uns: Die russische Handelsvertretung in Rom, die durch ein Telegramm bekannt werden ließ, daß Bürger Lenin zu der Weltwirtschaftskonferenz in Genua eingeladen worden sei, hat damit merkwürdigerweise keine große Überraschung zu wecken gewohnt. In wenigen Wochen hat die Welt zu begreifen gelernt, daß nicht nur Deutschland nicht mehr von der Mißsprache bei den Sejmungsplänen für die Weltwirtschaft ferngehalten werden könne, sondern daß auch Rußland kraft seines unbestrittenen wirtschaftlichen Ranges in der Welt sich an die Konferenztafel setzen müsse, damit an dieser etwas Brauchbares geschaffen werde. Als die „Times“ Mitte Dezember die Nachricht brachte, Michailowitsch und Litwinoff seien von Lloyd George nach London gerufen worden, begegnete diese Information absoluter Ungläubigkeit, obwohl es sich da nur um Adjutanten Lenins und nicht um ihn, den ungekrönten Herrscher Sowjetrußlands selber, handelte.

Der Umschwung in der Beurteilung der Bedeutung Rußlands für die wirtschaftspolitische Wiedergesundung der Welt gibt dem führenden liberalen Organ Englands, dem „Manchester Guardian“ Anlaß zu bedeutungsvollen Betrachtungen, aus denen wir die wertvollsten Stellen herausheben:

„Viele Wirtschaftsexperten“, so heißt es in dem Aufsatz, „sind der Meinung, daß Rußland den Hauptschlüssel für das europäische Wirtschaftsleben in der Welt hält. Wenn dieser Schlüsselbesitzer, der nahezu die Hälfte Europas hinter sich abschließt, weder kauft, noch verkauft, kann unmöglich kommerzielles Wohlergehen auf dem Kontinent walten. Das zu erkennen, ist aber noch lange nicht die gleiche Sache wie den praktischsten Weg herauszufinden, Rußland zur Herrgabel des Schlüssels zu bewegen. Revolution im Innern, fortgesetzte Kriegführung an den Landesgrenzen und ein ausgebreitetes Experiment des Kommunismus haben Finanz und Handel Rußlands in einem Maße zerstört, daß für eine höher entwickelte industrielle Gemeinschaft zweifellos die völlige Vernichtung bedeuten hätte. Industriell besitzt Rußland die Unberührbarkeit aller primitiven Organismen, und deshalb hat es auch sich aus der Zerstörung zu retten vermocht. Aus diesem Grunde ist es auch wahrscheinlich, daß es seine wirtschaftliche Gesundheit weit schneller wieder erlangt als Deutschland es

vermöchte, wenn es bis zu dem gleichen Grade von Zerstörung herabgelangt wäre. Die Hauptquelle des russischen Reichtums kommt vom fernen Osten, und Rußlandkenntner vertreten die Ansicht, daß Rußlands frühere landwirtschaftliche Produktion in knapp drei Jahren wiederhergestellt werden könne.

Damit ist aber das russische Problem erst angeschnitten, nicht gelöst. Rußland kann deutsche Waren gebrauchen, und würde dadurch ein Absatzgebiet werden, das den Außenhandel der Ententestaaten von der gefährlichen deutschen Konkurrenz gewissermaßen erlösen könnte. Die Lieferung von Waren nach Rußland würde aber Deutschland erst dann Barmittel für die Wiedergutmachungsleistungen verschaffen, wenn Rußland in bar zahlen kann. Es käme dazu nur in die Lage, wenn es gegen Geld Konzessionen abgeben kann. Deutschland besitzt aber natürlich nicht die Mittel, um Konzessionen auf breiter Basis zu erwerben. Die Entente und besonders die Vereinigten Staaten, besitzen aber diese Mittel. Irgend eine Art finanziellen Konfartium zwischen Deutschland, Amerika, England und vielleicht Frankreich ist daher nötig. Der deutsche Anteil aus dem Gewinn könnte zu Wiedergutmachungszwecken Verwendung finden.“

Die Konferenz von Genua soll also unter Einbeziehung von Rußland selber Wege finden, um Rußland wieder zum Verkäufer und Käufer zu machen und die deutschen Wiedergutmachungsleistungen von ihrer Gefahr für den Außenhandel der Ententestaaten zu befreien. Es gibt Varianten unter diesen Wegen, aber keiner von ihnen wird gangbar sein, wenn Rußland nicht guten Willens ihn freigibt. #

Der Eisenbahnerstreik.

Der Reichspräsident übermittelte gestern dem Reichskanzler die Bitte des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertreter der Gewerkschaften zur Streikfrage zu hören. Der Reichskanzler teilte darauf dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit, daß er bereit sei, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen. Es fand dann zwischen dem Reichskanzler und Vorständen der Spitzenverbände der drei Gewerkschaftsrichtungen in Anwesenheit der beteiligten Ressortchefs eine eingehende Aussprache über die Streikfrage statt. Auf Grund dieser Aussprache haben die Spitzenverbände einen Aufruf zur Beendigung des Streits erlassen. Im Anschluß an diese Besprechung wurde in Anwesenheit der Vertreter der Gewerkschaften der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes empfangen. Der Reichskanzler sagte zu, die Erörterungen mit den Spitzenverbänden über die grundsätzlichen Fragen der Beamtensoldung alsbald fortzusetzen.

Der Aufruf der Gewerkschaften lautet:
„Unter völliger Mißachtung der gewerkschaftlichen Grundzüge hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Antwärter durch die Aufforderung zum Streik den Eisenbahnverkehr, auch den für die Ernährung des Volkes nötigen, lahmgelegt und es absichtlich unterlassen, dem Wunsch der übrigen in Frage kommenden Gewerkschaften nach einem gemeinsamen Vorgehen nachzukommen. Dieser Lohnstreik einer Beamtengruppe muß bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage auch bei nur kurzer Dauer die Lebensbedingungen aller Arbeitnehmer, besonders in den Großstädten, aufs verhängnisvollste gefährden. Geradezu katastrophal aber wirkt dieser Streik jetzt drei Wochen vor der Konferenz von Genua auf die Außenpolitik ein. Die Verantwortung gegenüber den von ihnen vertretenen Beamten, Arbeiter und Angestellten wie auch gegenüber dem gesamten Volke legt deshalb den unterzeichneten Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen die gebieterische Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Eisenbahner aufzufordern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die für diesen besonderen Streikfall der Reichseisenbahnbeamten erlassene Verordnung des Reichspräsidenten wird mit der Beendigung des Streits gegenstandslos. Die unterzeichneten Spitzenorganisationen haben bei ihren Verhandlungen mit der Reichsregierung vom Stande der Befolgungsfrage Kenntnis genommen. Die Reichsregierung erklärt ausdrücklich, daß alle Gerüchte und Redungen über eine beabsichtigte Beschränkung des verfassungsmäßigen Koalitionsrechtes durchaus unbegründet sind. Damit ist die Verwirklichung der berechtigten Beamtensforderungen und der Schutz des Koalitionsrechtes aller Arbeitnehmer sichergestellt. Wir erwarten von der gesamten Arbeitnehmererschaft, daß sie sich ausschließlich an die Weisungen ihrer Spitzenorganisationen hält.“

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund: gez. Leihhart.
Deutscher Gewerkschaftsbund: gez. Waltrusch.
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenvereine: gez. Hartmann, gez. Schneider.
Allg. Freier Angestelltenbund: gez. Aufhäuser, gez. Süß.“

Der Reichsrat nahm in seiner Abend Sitzung vom Donnerstag einen Ausschlagsantrag folgend, Stellung zu dem gegenwärtigen Eisenbahnerstreik. Er gab zu, daß die Beamtenschaft schwer unter dem unerhörten Druck leide, unter dem das Verfallener Diktat in seiner Kraftlosigkeit das deutsche Volk und fast die ganze Welt gestellt habe. Die Beamten teilten dieses Los aber mit dem weitestgehenden Teil der übrigen Bevölkerung, und sie könnten aus dem Unglück des Volkes nicht den Anspruch herleiten, für sich unerfüllbare Forderungen durchzusetzen zu wollen. Der Reichsrat verurteilte den Streik als unvereinbar mit der Beamteneigenschaft und billigte die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen. Er ersuchte die Reichsregierung, mit allen Mitteln darauf Bedacht zu nehmen, daß Ordnung geschaffen und die Autorität des Staates wiederhergestellt werde. Staatssekretär Stöcker gab einen eingehenden Überblick über die Entstehung des Streiks und die augenblickliche Lage. Wie er mitteilte, sind die Direktionspräsidenten angewiesen worden, unter allen Umständen für Schutz des Arbeitswilligen zu sorgen; sie sollen zu diesem Zweck mit den zuständigen Landesbehörden in Verbindung treten. Die Reichsregierung beabsichtigt, Lt. „F. Jg.“ nicht, ihre bisher den Streikenden gegenüber eingenommene Haltung irgendwie zu ändern.

Nach den Feststellungen der Blätter beträgt die Zahl der Streikenden in Großberlin 50 000, darunter 4000 Lokomotivführer, im ganzen Reich 200 000.

Über den Umfang des Schadens des Eisenbahnerstreiks schreibt die „Kölnische Zeitung“, daß, da im Personenverkehr die täglichen Einnahmen 30 Millionen Mark, im Güterverkehr die täglichen Einnahmen 160 Millionen Mark betrage, mit einem täglichen Einnahmeverlust von 190 Millionen Mark zu rechnen ist.

Die Eisenbahndirektion Berlin teilt u. a. aus ihrem Bezirk mit: Trotz des Einfalles der Technischen Nothilfe liegt der Güterverkehr gar; garnieder. Die Hauptwertstätten streifen außer der in Potsdam. Es fahren nach und von Stettin und Star-gard 8 Personenzüge, ein Güterzug, ein Milch- und Viehzug, von Hannover ein D-Zug, von Magdeburg ein Personenzug, von Halle ein D-Zug, 2 Güterzüge, ein Milch- und Viehzug, nach Götting ein Personenzug, von Gießen 2 Personenzüge, von Weiskau ein D-Zug, von Krefeld 2 D-Züge und 2 Milchzüge. Aus Berlin wird noch vom Freitag berichtet:

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist jetzt an den meisten Stellen die Technische Nothilfe eingesetzt, seit heute morgen verstärktem Umfang. Man hofft dadurch den lebenswichtigen Güterverkehr und den Berufsverkehr durchführen zu können. Der Schutz der Bahnanlagen ist da, wo es nötig ist, eingesetzt. Bahnhöfe und sonstige Anlagen, die die Streikenden vorübergehend besetzt hatten, sind geräumt. Bis zum vollen Funktionieren des Nothetriebes werden noch einige Tage hinzugehen; doch hofft die Verwaltung bestimmt, diesen Nothetrieb durchführen zu können. Eine Beteiligung der Streikenden bei der Technischen Nothilfe muß grundsätzlich abgelehnt werden. Sabotageakte haben an einigen Stellen stattgefunden. So wurde in Münster i. W. die Lichtleitung durch Zerschneiden der Kabel zerstört. In Königsberg (Neumark) versuchte ein Lokomotivführer den Oberbahnhofsvoortreiber abzuweichen.

Weitere Meldungen besagen:
Königsberg i. Pr. Dem Vernehmen nach ist die Leitung der Streikbewegung in Deutsch-Preußen verhaftet worden.

Hamburg. Die Streiklage ist durch die Beschlußfassung des Deutschen Eisenbahnerverbandes verschärft worden. Der Verband beschloß in einer gestern abend abgehaltenen, stark besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus, seine Mitglieder aufzufordern, sich dem Streik anzuschließen. Danach werden jetzt auch die übrigen Beamten und Angestellten in den Ausstand eintreten. Dagegen hat der hiesige Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer ebenfalls gestern abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Sitzung eine Parole gegen den Streik herausgegeben. Die ersten Notzüge, die vom Hauptbahnhof abgingen, legten ihre Fahrt ohne Zwischenfall zurück. Es wird voraussichtlich gelingen, die Verbindung mit Kiel wieder herzustellen und einen Zug nach Berlin abfahren zu lassen. Zwischenfälle haben sich bis jetzt noch nicht ereignet, da die streikenden Lokomotivführer und Heizer die größte Zurückhaltung üben. Die streikenden Eisenbahner wollen jetzt, wie in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung bekannt wurde, den Transport lebenswichtiger Artikel zulassen.

In Hamburg sind gestern sieben weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Aus diesem Anlaß erschienen mehrere hundert Streikende vor dem Gebäude der Eisenbahndirektion und verlangten die Freigabe der festgenommenen Streikführer. Sie wurden jedoch mit dieser Forderung abgewiesen und von Sicherheitspolizisten zerstreut.

Hannover: Die Eisenbahndirektion teilte am Abend mit: Die Streiklage hat sich verschärft. Außer den Lokomotivführern streifen vielfach das Zugbegleitpersonal und vereinzelt das Bahnhofspersonal. Die Technische Nothilfe arbeitet.

Zu Braunschweig ist die Technische Nothilfe eingesetzt. Das Versehen wegen Dienstentlassung ist gegen einen Teil der streikenden Beamten bereits eingeleitet. Streikende Arbeiter wurden schon entlassen.

Magdeburg: Nach amtlichen Mitteilungen ist nur ein unwesentlicher Teil des Stations- und Zugbegleitpersonals im Streik. Nach wie vor sind hauptsächlich Lokomotivführer im Ausstand betet. Der Nothetrieb ist auf allen Linien im Bezirk Magdeburg aufrechterhalten.

Erfurt. Eine Anzahl Beamter, auch Lokomotivführer, die vorgestern streikten, erschienen gestern wieder zum Dienst. Der Zugverkehr wird nach bestimmten Plänen aufrecht erhalten. Störungen im Betriebe kamen nirgends vor. Gegen alle Streikführer wird aufs schärfste vorgegangen.

Nürnberg: Die Eisenbahndirektion Nürnberg teilt über die Auswirkung des Streiks auf die bayerische Verkehrsfrage mit: Der Zugverkehr über die Übergänge von Aschaffenburg bis Hof ist eingestellt. Die Schnellzüge nach Frankfurt enden in Aschaffenburg, nach Berlin in Bamberg. Auf der Strecke Probstzella wird Personenzugverkehr mit Ludwigstadt geführt. Es müßte die Annahme- und die Rückhaltsperrre für Güter aller Art ausgesprochen werden. Im Direktionsbezirk Nürnberg ist das Personal vollständig zum Dienst erschienen.

Der „Würtig. Staatsanzeiger“ meldet vom Freitag: Gestern wurde im Feurbacher-Tunnel ein verheerender Anschlag auf den Arbeiterzug Nr. 5702, Stuttgart Hauptbahnhof ab 6,15 Uhr nachm., durch Regen von Handgranaten auf die Schienen verübt. Der Täter, der von dem Wächter des Tunnels in knieender Stellung gesehen wurde, aber im Rauche der Rotomotive des vorüberfahrenden Zuges entweichen konnte, hat die Handgranaten an die Schienen gelegt, offenbar um diese zu sprengen. Eine explodierte, während die andere scharf geladen an der Schiene gefunden wurde. Der Anschlag hat glücklicherweise keinen weiteren Schaden verursacht. Die Polizei hat Nachforschungen nach dem Täter eingeleitet.

Die Lage in Baden.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Verkehrs- und Betriebslage ist im allgemeinen unverändert. Nach und von Württemberg, Bayern und der Pfalz verkehren die Züge nach wie vor planmäßig. Nach und von Norddeutschland über Frankfurt a. M., und Würzburg ist der Personenzugverkehr infolge des Streiks in Norddeutschland immer noch vollständig unterbrochen. Der Verkehr mit den Rheinländern wird durch die beiden Schnellzugspaare 107/108 und 269/270 auf dem Weg über Mannheim-Ludwigshafen-Worms-Rainz aufrecht erhalten. Von Heidelberg und Mannheim werden einzelne Personenzüge nach Weinheim und zurück ausgeführt. Auf der Hauptbahn Mannheim-Basel mußten bereits die Schnellzüge D 75/D 76 und D 281/D 282, auf der Oberrheinbahn die Schnellzüge D 37/D 38 ausfallen, während die weitergehenden Einschränkungen im Schnellzugverkehr erst am Sonntag, den 5. Februar eintreten.

Wie aus einer amtlichen Bekanntmachung in der heutigen Nummer unseres Blattes hervorgeht, sah sich die Eisenbahnverwaltung gezwungen, infolge des Streiks und der Beschlagnahme schwimmender Kohlenflöße durch die Franzosen zur Streckung ihrer Kohlenvorräte Einschränkungen im Personenzugverkehr einzutreten zu lassen. Vom morgigen Sonntag an werden daher, nachdem der Schnellzugverkehr nach und von Norddeutschland durch den Streik bereits unterbrochen ist, nach einer Vereinbarung mit den beteiligten Karlsruher Eisenbahnen im Bereich der Eisenbahngeneraldirektion in Karlsruhe eine Reihe, in der erwähnten Bekanntmachung im Einzelnen aufgeführte Schnellzüge ausfallen.

Einer Korrespondenzmeldung zufolge hat wegen der Haltung des Vorstandes der Reichsgewerkschaft die süddeutsche Landesvertretung der Berliner Zentrale mitgeteilt, daß die einzelnen Landesgruppen aus der Reichsgewerkschaft ausscheiden und Weisungen des Hauptvorstandes nicht mehr Folge leisten. („Bad. Beob.“)

Badische Wochenrückblicke.

Zum Eisenbahnstreik.

Dank der Besonnenheit und Einsicht der Beamtenchaft in Baden hat sich der Eisenbahnstreik nicht auf unser Land ausgedehnt. Die Folgen der Verkehrseinstellungen im Streikgebiet machen sich allerdings auch bei uns bemerkbar. Güter- und Postsendungen aus dem Norden bleiben aus; dazu kommt eine merkliche Störung in der Kohlenzufuhr, die noch dadurch verschärft wurde, daß wie gestern gemeldet, die französischen Besatzungsbehörden Kohlenflöße auf dem Rhein beschlagnahmt haben. Die Eisenbahnverwaltung sah sich dadurch genötigt, im Personenzugverkehr, namentlich aber im Schnellzugverkehr Einschränkungen eintreten zu lassen. Es ist selbstverständlich, daß dafür Sorge getragen wird, daß der Berufsber-

Volksbühne Karlsruhe e. V.

Man schreibt uns: Mit seiner achtundzwanzigsten Mitgliederversammlung, die am 24. Januar unter Leitung des 1. Vorsitzenden Herrn Regierungsrat Güntler, stattfand, beschloß der Verein „Volksbühne Karlsruhe“ jährungsgemäß sein zweites Geschäftsjahr, das er erstmals ein volles Kalenderjahr umfaßte. Der Geschäftsführer, Direktor Hans Blum, erstattete den Geschäfts- und Rechenschaftsbericht, der in jeder Beziehung als hochinteressant zu bezeichnen ist und dem die folgenden Ausführungen, die allgemeines Interesse haben dürften, entnommen sind. Das junge Unternehmen steht nach glücklicher Überwindung einiger Kinderkrankheiten und sogar einiger Krisen, namentlich fest gegründet da und hat das Recht, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken. Es ist ein gutes Zeichen für die geistige Verfassung der Arbeiter, Angestellten und Beamtenschaft, aus denen sich das Volksbühnenpublikum hauptsächlich zusammensetzt, daß sie trotz der ungeheuren Teuerung in all den Dingen, die schließlich unentbehrlich sind fürs Leben, immer noch gerne Mittel zur Verfügung stellen, um die idealen Bestrebungen der Volksbühne zu fördern.

Die Volksbühne hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die stattliche Zahl von 100 463 Eintrittskarten an ihre Mitglieder verteilt. Sie führte ihre Besucher in 69 Schau- und Aufführungsvorstellungen, an denen neun verschiedene Werke gegeben wurden: „Die Räuber“, „Penion Schöler“, „Die Säulen der Gesellschaft“, „Die Journalisten“, „Emilie Galotti“, „Der Wiberpel“, „Hose Bernd“, „Der zerbrochene Krug“ und „Der eingebildete Kranke“ und „Offnung auf Segen“. Weiterhin gab es 22 Opernvorstellungen, in denen die drei Opern „Der Evangeliman“, „Der Wildschütz“ und „Troubadour“ aufgeführt wurden. Außerdem fanden 5 Vorstellungen der Operette „Der Vogelwandler“ statt. Endlich veranstaltete die Volksbühne vier Sinfoniekonzerte, eine Kinderdarstellung (Froschkönig) und einen Einführungsvorstellung zu „Hose Bernd“. Schauspiel und Operette war im Konzerthaus, Oper und Kinderdarstellung im Landestheater. Die Besuchszahl, die in den Frühjahr- und Sommermonaten stark gesunken war, hat sich wieder sehr gehoben, so daß heute rund 8500 Personen jede Vorstellungszahl besuchen. Die Besucher stammen zu drei Viertel aus

Lehr durch diese erzwungenen Maßnahmen möglichst wenig beeinträchtigt werde. Der durchlaufende Postverkehr ist zum Teil unterbrochen, zum Teil stark gefährdet, so daß die Oberpostdirektion z. T. gezwungen wurde, die Annahme von Postsendungen, besonders von Paketen, insoweit einzuschränken, als die Erreichung der Bestimmungsorte ausichtslos ist. Die Oberpostdirektion Karlsruhe gibt heute unter Hinweis auf das vollständige Stöden des Eisenbahnverkehrs in Frankfurt bekannt, daß es sich empfehle, Postsendungen jeder Art nach Norddeutschland — mit Ausnahme des besetzten Gebietes — vorerst nicht abzugeben, da zurzeit kaum Aussicht auf Weiterbeförderung über Frankfurt a. M. hinaus besteht. Wir wollen hoffen, daß der in der Hauptsache auf kommunizistische Maßnahmen zurückzuführende Streik so schnell wie möglich zum Abbruch gebracht und daß wertvolle Post, die ja an seinem Verbleib die räumliche Ausdehnung der in leichtfertiger Weise vom Jaun gebrochenen Räumung des Verkehrsapparats zu spüren bekommen wird, würde eine längere Stilllegung seines Wirtschaftens nicht ertragen.

Nachträgliche Gas- und Strompreiserhöhung.

Ende Januar gab das Karlsruher Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt die Erhöhung der Preise für die in den Monaten Dezember und Januar gelieferten Gas- und Strommengen bekannt. Es ist das eine Methode, die es, wenn wir nicht irren, schon früher angewandt und die schon damals großes Befremden in der Verbraucherschaft hervorrief, ein Befremden, das nur zu verständlich ist, da der überwiegende Teil der Beamten, Arbeiter und Angestellten zurzeit selbst bei äußerster Sparsamkeit nicht weiß, wo er das Geld zur Deckung der unbedingt notwendigen Ausgaben hernehmen soll. Wenn zu den einigemmaßen vorher berechenbaren Ausgaben noch derartige unvorhergesehene Nachtragsforderungen kommen, so ist denjenigen, die die neue Last nicht auf andere Schultern abwälzen kann, eine solide und ordentliche Wirtschaftsführung unmöglich gemacht.

Wie der Festbesoldete, empfindet auch die Geschäftswelt das von der Stadt eingeschlagene Verfahren als unangebracht und schädigend. Handelt es sich bei ihr vielfach um Beiträge von recht erheblicher Höhe, die sie nicht wie ihre übrigen Einkünfte in die Preisfaktulation einbehalten kann. Die Gewerkschaftskammer Karlsruhe erließ dieser Tage eine Erklärung, in der sie das Vorgehen des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts auf das schärfste verurteilt. Sie betraf sich dabei darauf, daß gerade die Stadtverwaltung Karlsruhe sich immer und immer wieder weigere, die den Handwerkern durch Lohn-erhöhungen u. v. m. entstandenen Mehrkosten für ihre Lieferungen und Leistungen auszubehalten. Dabei sei doch sicher anzunehmen, daß das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt bereits im Dezember 1921 von einer Erhöhung der Kohlenpreise wisse, weshalb es die Verpflichtung gehabt hätte, rechtzeitig auf eine Erhöhung der Preise für Gas und elektrischen Strom hinzuweisen. Wir wissen nicht, ob diese Annahme zutrifft, doch erscheint uns die Klage der Gewerkschaftskammer an sich begründet. Nachtragsforderungen dieser Art müssen notwendig zu Unzufriedenheit und Vertimmung führen, zumal, da eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Kosten auf alle Verbraucher gar nicht möglich ist. Man kann wohl den Geschäftsmann und den einzelnen Haushalt zur nachträglichen Zahlung heranziehen, aber niemals etwa die Fahrgäste der Straßenbahn, obwohl doch gerade auf diese ein Großteil des Stromverbrauchs entfällt. Verteilt man also das Defizit der Elektrizitätsklasse im Umlageverfahren einfach auf die übrige Verbraucherschaft, so muß diese nachträglich auch noch die Kosten mittragen, die billigerweise von den Benutzern der Straßenbahn bestritten werden müßten. Sie hätte also berechnete Ursache über eine durch keinerlei Billigkeitsgründe gerechtfertigte „Doppelbesteuerung“ zu klagen. Erfolgt aber die Verteilung so, daß auch die Straßenbahn die nachträgliche Preiserhöhung für den von ihr bezogenen Strom zu bezahlen hat, so lägen darum nicht minder triftige Gründe gegen die Methode der nachträglichen Preisfestsetzung vor, da ja dann die Straßenbahn die Fahrpreise monatlang zu niedrig bemessen hätte, so daß wiederum die Allgemeinheit, also auch die Nichtbenutzer der Straßenbahn, für die Defizitübernahme der letzteren aufkommen müßte. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Stadtverwaltung, die sich ja allerdings infolge der Kohlenpreisschwankungen in einer misslichen Lage befindet, eine Möglichkeit fände, um die geschädigten unerwünschten Folgen dieser Preisschwankungen zu paralysieren.

Arbeitertreuen. Der Rest sind häßlich Angestellte und untere und mittlere Beamte.

Eingedenk ihrer Hauptaufgabe, zu bilden und zu belehren, gab die Volksbühne für jede erste Vorstellung gedruckte Einführungen aus, die in neuerer Zeit auch durch kurze einführende Vorträge, die den einzelnen Vorstellungen voranzugehen und ihnen Verständnis und Stimmung vorbereiten, ersetzt worden sind. Die Zusammenarbeit mit dem Landestheater vollzog sich im besten Einvernehmen. Den Verkehr der Einzelorganisationen — es sind heute 96 — mit der Geschäftsstelle sowie den Einzelbetrieben der Karlsruher Bühnen nach wie vor die Vertrauensleute, denen für ihre Offenwilligkeit und oft recht bornenvolle Tätigkeit wiederholt von allen Seiten hohes Lob ausgesprochen wird. Sie sind die Säulen, die das ganze Volksbühnengebäude tragen.

Als Neuerungen sind zu buchen, daß von jetzt ab in jedem Vierteljahr eine Schauspielreihe im Landestheater stattfindet und daß die Eintrittspreise, die ein Jahr lang unverändert waren, ab 1. Januar erhöht wurden.

Der Rechenschaftsbericht zeigt, daß die Volksbühne ihre Selbstverwaltung recht selbstbestreitet. Die Mittel werden durch verhältnismäßig geringe Aufschläge auf die Karten aufgebracht.

Die Versammlung erteilte hierauf allen Funktionären die Entlastung und der Vorsitzende dankte ihnen für ihre erfolgreiche Tätigkeit. Aus der Mitte der Versammlung wurde sodann dem Vorstand für seine selbstlose Arbeit gedankt und der bekannte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit den besten Wünschen und Hoffnungen für eine gesunde Fortentwicklung unserer Volksbühne.

Zeitungsausstellungen.

Dr. Karl d'Estier, Privatdozent an der Universität Münster, schreibt der „N. N.“: Die Presse, die so oft für alle möglichen Bestrebungen selbstlos eintreten muß, sieht sich durch den ihr aufgezogenen Kampf insoweit genötigt, auch einmal die Wertbetrachtung für sich selbst zu rühren, um die Leser über die wichtige Aufgabe, die ihr besonders in unserer Zeit zufällt, aufzuklären. Zahlreiche Blätter haben es teils im Ernst, teils in scherzhafter Darstellung versucht, ihren Lesern klarzumachen, daß sie Unrecht haben, heute die Zeitungen abzubestellen,

Schwarzbrenner und Worbuben.

Bis zu welchem sittlichen Tiefstand die nackte Profitgier gewisse Schwarzbrennereien geführt hat, erhellt aus der dieser Tage in einer amtlichen Mitteilung erwähnten Tatsache, daß kürzlich bei einer steuerlichen Nachschau in Esental (Amt Bühl) auf einen Zollbeamten mehrere scharfe Schüsse abgefeuert wurden. Dieser Vorfall mußte selbst denjenigen, die bisher immer noch geneigt sein mochten, den heimlichen Schnapsfabrikanten mildernde Umstände zuzubilligen, vor Augen führen, mit was für Elementen man es hier zum Teil zu tun hat. Wer im Widerstand gegen das Gesetz so weit geht, daß er die zur Wahrung dieses Gesetzes berufenen Beamten in mörderischer Absicht angreift, der stellt sich mit dem gemeinen Schwerverbrecher auf eine Stufe und hat sich die Unmenschlichkeit für das Zuchthaus erworben. Man kann nur wünschen, daß dieser Fall allen gleichgültig Denkenden die Augen öffne und sie zu tatkräftiger Mitwirkung bei der unerhörten schwierigen Bekämpfung des Schwarzbrennertums, dieses jüngsten Krebsgeschwürs am Volkstörper, veranlassen werde.

Kommunalpolit. Rundschau.

Müchens Leben und Not im Jahre 1921.

Ein anschauliches Bild vom wirtschaftlichen Leben Müchens und von der Bedrängnis seiner Bevölkerung geben die vom Städtischen Statistischen Amt herausgegebenen Aufzeichnungen über das Jahr 1921.

Müchens Einwohnerzahl wächst. Für den letzten Jahresabschluß werden rund 680 000 Einwohner ohne Rechnung, gegenüber 665 000 im Jahre 1920 und 640 000 im letzten Friedensjahre 1913. Dieses Wachstum der Müchener Bevölkerung nach dem Kriege ist in der Hauptsache auf starke Zunahme des Zugzuges von auswärts zurückzuführen. Von der allgemeinen Bevölkerungszunahme, die seit Kriegsausbruch auf dem verkleinerten deutschen Reichsgebiet, namentlich durch Rückwanderung Deutscher aus dem Auslande und durch Einwanderung aus früheren deutschen Gebieten, eingetreten ist, entfällt ein nicht unerheblicher Teil auf Müchen.

Dagegen ist der natürliche Bevölkerungswandel durch Geburten und Sterbefälle im Jahre 1921 nur gering; der Überschuss der Zahl der lebend geborenen Kinder über die Zahl der Sterbefälle beträgt nur 2894. Nach dem starken Geburtenanfall der Kriegsjahre 1914-18, der so groß war, als oft fast zwei Jahre lang überhaupt keine Kinder in Müchen zur Welt gekommen wären, hatte die Geburtenhäufigkeit des Jahres 1920 den Stand der Friedensjahre in der Hauptsache nur deshalb zu bezeichnen, weil nach Kriegsausbruch eine ungewöhnlich große Zahl Ehen geschlossen worden ist. Die Zahl der Eheschließungen, die im Jahre 1920 10 193 betrug, ist 1921 auf 7818 zurückgegangen. Die Sterblichkeitsziffer Müchens ist gegenüber 1920, hauptsächlich infolge des Rückganges der Geburtenzahl, von 14,3 auf 13,2 pro 1000 der mittleren Bevölkerung gesunken; in den letzten Monaten 1921 hat sich die Sterblichkeit wieder erhöht.

Der Fremdenverkehr ist im Jahre 1921 größer gewesen als jemals zuvor. Die darüber festgestellten Zahlen sind nur Mindestzahlen, da die Fremdenmeldungen erfahrungsgemäß nicht vollständig sind. Auf Grund der vorliegenden Meldungen sind über eine Million Fremde im Jahre 1921 nach Müchen gekommen, während 1920 rund 750 000, im letzten Friedensjahre (1913) rund 600 000 Fremde in Müchen festgesetzt worden waren.

Die Verordnungsverhältnisse der Müchener Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kohlen usw. haben sich seit Ende des Krieges etwas gebessert, bleiben aber bei den meisten Artikeln immer noch stark unter dem Friedensstand. In der Brotversorgung ist durch die teilweise Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung eine Erleichterung gegenüber 1920 herbeigeführt worden. Wenig gut ist die Versorgung mit Butter und verschiedenen anderen Waren. Der stärkste Mangel besteht noch bei der Milch. Es war 1921 in der Milchversorgung nur wenig mehr als die Hälfte des Friedensstandes erreicht. Die Kohlenversorgung ist etwas günstiger gewesen als im Vorjahre.

Die vom Statistischen Amt der Stadt Müchen geführten Index-Berechnungen über den wichtigsten Lebensbedarf einer fünfköpfigen Müchener Familie an Lebensmitteln, Heizung, Beleuchtung und Wohnung unter Ausschluß der Bedürfnisse für Kleidung, Wäsche, Fahrkosten, Steuern, Anschaffung von Hausgeräten usw. kennzeichnen eine Verteuerung gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1913/14 auf das Dreifache bis zum Januar 1920, auf das Achtfache bis zum Januar 1921, um das

weil sie, der allgemeinen Teuerung Rechnung tragend, teurer wird, sich aber nicht darüber aufregt, daß man für einen Anzug den zwanzig- bis fünfzigfachen Friedenspreis bezahlen muß. Zu den bisher angewandten Mitteln, die Leser über die Wichtigkeit der Presse einermachen aufzuklären, ist nun noch ein neues getreten. Man versucht heute auf allen möglichen Gebieten dem Volk Einsicht in verschiedene Verhältnisse — etwa der Medizin, der Technik und des Wirtschaftslebens — zu geben, indem man allgemeinverständliche Ausstellungen veranstaltet.

Die Presse will nun auch diesen Weg gehen. Der die „Bugra“ in Leipzig besucht hat, dem ist sicher noch die äußerst belehrende Abteilung zur Entwicklung der Presse in Erinnerung. Leider waren dort die einzelnen Länder nicht vollständig und die Parteipresse sehr lückenhaft vertreten. Die musterhaften Arbeiten von Martin Spahn bildeten damals einen Glanzpunkt im Rahmen der sehr beachtenswerten Preisschau. Leider haben Krieg und Revolution diesen Bestrebungen ein Ende bereitet. Doch man beginnt erfreulicherweise die alten Fäden wieder aufzunehmen.

Kürzlich fand die erste internationale Zeitungsausstellung statt, und zwar in der Tschecho-Slowakei, in Prag. Die sozialdemokratische Presse veranstaltete auch vor einiger Zeit eine Ausstellung ihrer Parteipresse in Bielefeld, und in den letzten Januarwochen dieses Jahres findet in Nürnberg eine Ausstellung statt, die die Zeitung im Dienste der Kultur zeigen soll. Veranstalter ist der Bildungsverband der deutschen Buchdrucker. Man kann diese Unternehmen nur aufs Beste begrüßen, denn mehr als die schönsten Worte wirkt die Anschauung. Man möchte nur wünschen, daß dieses Vorgehen von Nürnberg bald Nachahmung finden möge. Es ist zu hoffen, daß die Ausstellung als Wanderschaft ausgebaut wird, denn die Verhältnisse machen es heute gerade den Kreisen, die sich für eine derartige Sache erwärmen, unmöglich, die teuren Reise- und Aufenthaltskosten aufzubringen. Wenn aber die Ausstellung bald in dieser, bald in jener Stadt gezeigt würde, so hätte das auch den guten Erfolg, die heute noch der Prekarität ablehnend gegenüberstehenden Preise eines Besten zu belehren und vor allem den privaten Sammelneifer auf dem so überaus vernachlässigten Gebiet der Publizistik. Man veranlassen doch Ausstellungen der verschiedensten Dinge, da sollte man meinen, die Presse, mit der wir täglich umgehen müssen, dürfte dasselbe Recht beanspruchen, wie etwa indische Kunst oder alte Biendrucke.

Hänfischfische bis zum Januar 1922. Bei Berücksichtigung der Preissteigerungen für Kleidung, Wäsche usw. ergibt sich eine noch wesentlich stärkere Verteuerung der Lebenshaltung. Zu der großen Verteuerung, die auf der Bevölkerung lastet, ist eine weitere Verschlechterung der Wohnungsnot gekommen. Die Wohnungsdichte, mit immer mehr Fällen von Wohnungsüberfüllung, hat sich mit der Bevölkerungszunahme und bei der sehr geringen Bautätigkeit weiter verstärkt.

Eine gewisse Erleichterung in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Münchener Bevölkerung ist durch die Abnahme der Arbeitslosigkeit eingetreten. Die Zahl der unterrichteten Vollerwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) betrug Ende 1921 nur mehr 4153 gegen 10 827 Ende 1920 und 13 445 Ende 1919.

Der Verbesserung der Erwerbstätigkeit steht aber eine Verschlechterung der allgemeinen Notlage weiter durch die Folgen der Geldentwertung wirtschaftlich und sozial herabsetzender Bevölkerungskreise gegenüber, die aus bestimmten Gründen am Erwerbsebenen nicht teilnehmen können, wie die Schwerkranken, Invaliden, Witwen, Waisen, die erwerbsunfähigen Kleinkinder, Arbeitsinvaliden usw. So ist die Zahl der von der Armenpflege Versorgten (der sogenannten eingeschriebenen Armen) von 11 029 im Dezember 1920 bis auf 12 208 im September 1921 angewachsen. Die Zahl der durch Zuweisung verbilligter Lebensmittel in München versorgten Personen ist erheblich gestiegen.

Politische Neuigkeiten.

Die Wirtschaftsbeihilfe für Teuerungsgebiete.

Im Reichstagsrat wurde bereits vor einigen Tagen ein Nachtrag zum Reichshaushaltsgesetz für 1921 verabschiedet, durch den die Mittel zu Wirtschaftsbeihilfen für Reichsbeamte in Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Anlehnung an die Teuerungsbeihilfe für die Arbeiter bereit gestellt werden. Der Nachtragsetz ist bereits den Landesregierungen zugegangen und wird voraussichtlich Mitte der nächsten Woche im Reichstag verabschiedet sein, so daß der Reichstag darüber beschließen kann.

Aus dem Reichsrat.

Im Reichsrat wurde heute der Entwurf einer Schlichtungsordnung gegen die Stimme Sachverständigen angenommen. Angenommen wurde ferner gegen die Stimme Bayerns der Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der den ärztlichen Behandlungszwang unter Ausschluß der Behandlung durch nichtapprobierte Personen, ferner das Verbot der Anpreisung von Heilmitteln in Zeitungen, sowie den Meldezwang, unter Umständen Krankenhauszwang enthält und auch den Verstoß unter Strafe stellt, wenn Anstehungsgefahr wissenschaftlich vorhanden ist. Die benötigte Übertragung soll auch dann befristet werden, wenn eine Ehe unter solchen Umständen geschlossen wird. Einstimmig angenommen wurde eine Verordnung zur Änderung der Fernsprechanordnung, wodurch die dringenden Preisgespräche neu geregelt werden. Danach werden einheitlich im Reich bestimmte Sprechstunden festgesetzt — von 8 bis 9½ Uhr vormittags und von 4 bis 5½ Uhr nachmittags — innerhalb deren die Preise für ihre Gespräche keinen Anspruch auf Vorrang und ermäßigte Gebühr hat. Dringende Preisgespräche sind auch Nachrichten über sportliche Veranstaltungen und Einrichtungen, soweit sie der Jugend- und der Volkswirtschaft dienen. Die Neuregelung soll nach dem Reichsratsbeschluss am 1. März in Kraft treten. Unverändert angenommen wurde der Entwurf der Reichsverwaltung für 1922. Mit nur geringen Änderungen erfolgte schließlich die Annahme des Entwurfs des Reichsverkehrsministeriums Verwaltung der Reichsreisenbahn).

Der französisch-englische Garantievertrag

Aus London berichtet die „Frankf. Ztg.“ vom 3. Februar: Die gestrige Unterredung des französischen Botschafters mit Lord Curzon hat weniger der Regelung der orientalischen Frage als vielmehr dem Abschluß des Garantievertrages gegolten. In gut unterrichteten Kreisen wird berichtet, daß die Verhandlungen einen guten Fortgang nehmen und daß die Hauptschwierigkeiten als überwunden betrachtet werden können. Man habe nunmehr die feste Überzeugung, daß das Abkommen zwischen den beiden Regierungen gesichert sei und zwar auf Grund einer Formel, die dem wesentlichen Ziele des Abkommens, der Sicherung des Friedens in Europa, in vollem Umfange Rechnung trage.

Der Zwischenfall in Petersdorf.

Nach einer Gasanmeldung wurden bei dem Zwischenfall in Petersdorf auf französischer Seite zwei Personen getötet und 20 verwundet. Die internationalisierte Kontrollkommission habe sich bereits mit dem Vorfall beschäftigt und werde Sanktionen verlangen. Die französische Regierung ihrerseits werde Reparationen verlangen für die geschädigten Staatsangehörigen. Sabas meldet aus Berlin, der französische Ministerpräsident habe den französischen Botschafter in Berlin, Laurent, ermahnt, sich nicht nach Paris zu begeben, sondern auf seinem Posten zu bleiben, um von der deutschen Regierung die Erklärungen und die Wiederergänzungen zu verlangen, die im Hinblick auf die Vorfälle in Petersdorf für nötig gehalten würden.

Nach dem „Echo de Paris“ gibt man im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten eine andere Darstellung, wonach nicht zwei französische Soldaten getötet, sondern nur lebensgefährlich verletzt worden sind.

Eine Rede des britischen Lordkanzlers.

Der Lordkanzler Lord Birkhead hat bei einem politischen Essen eine Rede gehalten, in der er die Gegner der Koalition, besonders Lord Grey, heftig angriff. Der Lordkanzler erklärte, man befände sich in einem ernstlichen Augenblick im politischen Leben. Die Koalition sei nichts weniger als im Sterben. Die Regierung wolle ihren Bestand erhalten, wenn dies der Wille der Nation sei. Birkhead kritisierte die Haltung der Arbeiterführer und sagte, die Rolle, die sie in den letzten drei Jahren gespielt hätten, beweise, daß sie unwürdig seien, die Angelegenheiten eines großen Reiches zu führen. Weiter erklärte er: Lord Grey und Lord Robert Cecil haben keine Unterstützung in London, keine Mehrheit im Unterhause, auch nicht im Oberhause. Was sind die Leistungen Greys, der wie Moses vom Berge herabsteigt mit einem neuen Gesetzbuch für diplomatische Beziehungen? Grey ist verantwortlich für die launen diplomatischen Verhandlungen während der so kritischen Jahre vor dem Krieg. Es ist nicht Leuten wie Grey zu danken, wenn heute das britische Reich nicht den Anordnungen Deutschlands zu gehorchen braucht. Während des ersten Monats des Krieges machte Benelux das Anerbieten an England, das gesamte griechische Meer für die Zwecke des Krieges England zur

Verfügung zu stellen. Dieses Anerbieten wurde zurückgewiesen. Wenn dieses Angebot damals angenommen worden wäre, so würde die Gallienel Gallipoli gefallen sein, und wenn sie gefallen wäre, so wäre unstrittig der Krieg zwei Jahre früher zu Ende gegangen. Möglicherweise wäre es dann niemals zur russischen Revolution gekommen. Wie konnte die Ablehnung der griechischen Divisionen gerechtfertigt werden? Mit der Hoffnung, die Türkei zu verhindern, in den Krieg einzutreten? Jedes intelligente Kind hätte wissen müssen, daß nicht die geringste Möglichkeit bestand, die Türkei von einer Beteiligung am Kriege abzuhalten. Das mußte man vom ersten Tage des Krieges ab.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Wie dem „New York Herald“ aus Washington berichtet wird, hat der demokratische Senator King angekündigt, er werde diese Woche einen Gesetzesentwurf zugunsten der Bill begeben, die jetzt dem Repräsentantenhaus vorliegt, und die die Zurückgabe allen Eigentums an Deutsche in Amerika, das diesen während des Krieges genommen wurde, vorsieht. Er sagte: Wir sind jetzt eine Glaubensnation in Höhe von dreißig Milliarden Dollars. Wir sollen nicht einen Augenblick länger das Privateigentum zurückbehalten, um irgend welche anderen Ansprüche, die Amerika gegen seine früheren Kriegsgegner haben mag, in Gegenrechnung zu bringen.“

Internationale 503. Konferenz in Paris.

Ende dieser Woche tritt in Paris eine internationale sozialistische Konferenz zusammen, an der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei teilnehmen werden. Es nehmen ferner an der Konferenz teil die Vereinigte sozialistische Partei Frankreichs, die englische Labour Party, die englische Independent Labour Party und die englische Trade Union, sowie Vertreter der sozialistischen Parteien Belgiens, Italiens usw. Die Konferenz hat die Aufgabe, das Reparationsproblem und die Frage des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues von Europa zu diskutieren.

Kurze polit. Nachrichten.

* Die Papstwahl. In der Sixtinischen Kapelle zu Rom versammelten sich am Mittwoch 53 Kardinäle. Nachdem die Bestimmungen über das Konklave verlesen worden waren, wurde um halb 7 Uhr abends das Konklave geschlossen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Einzelheiten aus dem Etat.

Das bad. Landestheater schließt seinen Voranschlag mit einem Defizit von 4 683 000 M. ab. Die Gesamtausgaben sind auf 8 481 000 M. veranschlagt. Demgegenüber stehen Einnahmen im Betrage von 3 798 000 M. Nach der Vereinbarung mit der badischen Staatsregierung hat die Stadt Karlsruhe von diesem Defizit 50 Proz. d. i. 2 316 500 M. zu tragen.

Die neuen Expreßgutsätze.

* Nach Anordnung des Reichsverkehrsministers treten die neuen Expreßgutsätze am 10. Februar 1922 in Kraft.

Verband Südwestdeutscher Industrieller.

Am Dienstag, den 24. Januar, fand in Offenburg die 45. ordentliche Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller unter dem Präsidium des ersten Verbandsvorsitzenden, Kommerzienrat Stöck-Ziegelhausen bei Heidelberg statt. Über die Sitzung wird uns berichtet:

Der Versammlung wohnten als Vertreter der Regierung Ministerialrat Dr. Imhoff vom badischen Arbeitsministerium und Oberregierungsrat Kohlmeier vom badischen Ministerium des Innern bei. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden sprach zu Punkt 2 der Tagesordnung Verbandspräsident Dr. Nied-Mannheim über die „Allgemeine Wirtschaftslage“. Er schilderte einleitend die derzeitige politische Weltlage, sie kritisch beleuchtend, ging dann auf die Verhandlungen von Cannes des einzelnen ein, um anschließend die wichtigsten Wirtschaftsfragen in ihrer Bedeutung für die badische und südwestdeutsche Industrie zu besprechen. Er kritisierte scharf die Tarispolitik von Eisenbahn und Post und behandelte dann die Gehaltung der handelspolitischen Verhältnisse Deutschlands und die zwischen Deutschland und anderen Staaten nach dem Kriege zum Abschluß gelangten Wirtschaftsverträge. Er erörterte ferner die Fragen der deutschen Schlichterleistungen und die Bestimmungen des Wiesbadener Abkommens, ging auf die Stellungnahme des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller zum geplanten deutschen Referendum nochmals ein und betonte die Notwendigkeit einer immer einheitlicheren und stärkeren Organisation der deutschen Industrie in den großen deutschen landwirtschaftlichen Industrieverbänden.

An die Ausführungen des Verbandspräsidenten schloß sich eine Aussprache, an der sich besonders Kommerzienrat Gütermann-Gutach, Kommerzienrat Stöck-Ziegelhausen, Fabrikant Kroll-Singen, Syndikus Herber-Freiburg und Kommerzienrat Stieglitz-Konstanz beteiligten.

Nachdem die Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erfolgt war, sprach zu Punkt 3 der Tagesordnung Ministerialrat Dr. Imhoff-Karlsruhe über „Vaukostenbeihilfe und Wohnungsabgabe“. Die ausführlichen sachlichen Darlegungen des Redners gaben Anlaß zu einer sehr eingehenden Aussprache über die wichtige Materie. An der Aussprache beteiligten sich besonders die Vertreter der einzelnen Baustoffindustrien und Mitglieder des Direktoriums, die der Textilindustrie angehören.

Anschließend berichtete der Dezernent für Eisenbahnwesen beim Verband Südwestdeutscher Industrieller, Dr. Hartmann, über die Stellungnahme des Verbandes zur abermaligen Erhöhung der Gütertarife, zur Gewährung von Ausgleichstarifen für die Passierumschlagplätze und zur stärkeren Durchsackelung der Gütertarife auf weitere Entfernungen, ferner berichtete er über die in vorstehenden Angelegenheiten gepflogenen Verhandlungen.

In der Aussprache ergriffen Oberregierungsrat Kohlmeier, Direktor Kochlin-Steinen i. B., Direktor Reinhard vom Fendelbongern, Kommerzienrat Stöck-Ziegelhausen, Fabrikant Kroll-Singen u. a. m. das Wort zu längeren Ausführungen. Zum Schluß ergriffte Diplomingenieur Koebis, Leiter der Badischen Landeslokalenstelle Mannheim, einen sehr interessanten und instruktiven Vortrag über: Entwicklung und der-

zeitige Lage der Kohlenversorgung Badens“, seine Ausführungen durch Erläuterung zahlreicher, im Versammlungssaal zum Ausbund gelangten statistischen Kartennaterials, ergänzend.

Nachdem noch sehr lebhaftige Klagen einzelner Industriezweige über die derzeitige völlig ungenügende Kohlenversorgung zur Sprache gebracht worden waren, wurde die Sitzung geschlossen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Eisenbahn-Verkehrsperren.

Aufgehoben ist Annahmesperre für Frachtwagenladungen Nürnberg Ort und Übergang.

DZ. Offenburg, 31. Jan. Etwa 400 Genossenschaftler aus den Kreisen Offenburg, Badens und Freiburg hatten sich kürzlich einer Einladung des Verbandes Badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften in Karlsruhe folgend, hier in der Reichshalle versammelt, wo Direktor Feldmann von der Badischen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft die Erschienenen begrüßte und Verbandssekretär Armbruster über genossenschaftliche Tagesfragen referierte. Direktor Feldmann gab ein genaues Bild über das ganze Warengeschäft.

DZ. Offenburg, 31. Jan. Die Ehefrau des Vorkreuzerbesitzer Gelle von hier wurde wegen Mißhandlung vom Schöffengericht zu 2000 Mark Geldstrafe und 6 Tagen Haft verurteilt.

DZ. Freiburg, 3. Febr. Auf einer öffentlichen Versammlung auf dem Karlsplatz im April v. J. hatte der inzwischen nach Karlsruhe übergesiedelte Kommunist Wilhelm Reich zu Gewalttaten aufgeregt. Unter Hinweis auf den damaligen Aufruf des Freiburger Oberbürgermeisters um Wäsche und Geldmittel für bedürftige Kinder soll Reich gesagt haben: Das, was ihr für euch selbst eure Kinder braucht, müßt ihr bei dem Geißel der Millionäre in den Villenvierteln holen, und wenn man euch selbst mit Handgranaten und Maschinengewehren daran zu hindern sucht. Gegen das damalige freisprechende Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Angeklagten wegen Aufforderung zur Auflehnung gegen bestehende gesetzliche Vorschriften zu 600 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten.

Aus der Landeshauptstadt.

Eine Sammlung für Bayreuth. Wie kürzlich im amtlichen Teil unseres Blattes mitgeteilt wurde, hat das Ministerium des Innern die Genehmigung zur Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung zugunsten der deutschen Heftstoffindustrie Bayreuth erteilt. Wir verweisen auf den Aufruf in der heutigen Nummer.

Für die Invaliden und Veteranen von 1870/71.

Ein großer Teil der noch lebenden Invaliden und Veteranen des Krieges 1870/71 wie auch die Witwen ehemaligen Kriegsteilnehmer befinden sich infolge der Geldentwertung in ernstester wirtschaftlicher Not. Die nach dem siebziger Krieg durch allgemeine Sammlungen aufgebracht Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden ist mit den ihr noch zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr imstande, dieser Not wirksam zu steuern. Der Badische Landesverein der Kaiser-Wilhelm-Stiftung erläßt darum auch für unsere engere Heimat einen Aufruf, durch Geldspenden mitzuhelfen, den um das Vaterland hochverdienten Männern, die durchweg über 70 Jahre alt und völlig erwerbsunfähig sind, sowie ihren Familien die drückendste Sorgenlast von den Schultern zu nehmen. Dieser Aufruf wird gewiß von allen Schichten der badischen Bevölkerung mit Verständnis und Mithilfe aufgenommen werden. Baldige tatkräftige Unterstützung der durch die wirtschaftliche Not so schwer Betroffenen ist dringend geboten. Spenden nimmt das Bezirksamt Karlsruhe entgegen.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Die Wahlen der Vertreter und Ersatzeleute bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für die Bezirke Karlsruhe, Durlach und Ettlingen hatten, wie uns vom Zentralverband der Angestellten mitgeteilt wird, nachfolgendes Ergebnis. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Ettlingen infolge einer Vertändigung unter den Parteien nur eine Vorschlagsliste eingereicht wurde.

	Karlsruhe	Durlach	Ettlingen
Abgegebene Stimmen	1956	321	—
Die freien Gewerkschaft (Ffa)	861	200	—
Verband gewerblicher Angestellter (G. D. A.)	319	—	—
Verband weibl. Angestellten (W. B. A.)	334	—	—
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband D. H. V.	442	121	—
Vertreter	4	3	3
Ersatzeleute	8	6	6
Die freien Gewerkschaften:			
Vertreter	2	2	2 auf 4
Ersatzeleute	3	4	4 „ 11
Gewerkschaftsb. d. Angestellten:			
Vertreter	—	—	—
Ersatzeleute	2	—	2
Verband weibl. Angestellten:			
Vertreter	1	—	1
Ersatzeleute	1	—	1
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband:			
Vertreter	1	1	1 „ 3
Ersatzeleute	2	2	2

Die freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen haben in diesen 3 Bezirken 6 Vertreter und 11 Ersatzeleute erhalten, während die anderen Organisationen, welche im Hauptauschuß vereint sind, 4 Vertreter und 9 Ersatzeleute erhalten haben.

Landestheater. In der Vorstellung von Verdi's „Rigoletto“ am kommenden Dienstag gastiert in der Titelrolle Kammerfänger Jan van Gorkom für den zurzeit stark in Anspruch genommenen derzeitigen Vertreter des lyrischen Baritonfaches, Rudolf Wehrhans. Den Herzog singt, wie bereits angekündigt, Maximilian Willimshy vom Stadttheater in Breslau als Intendant für das Fach des lyrischen Tenors. In derselben Vorstellung vertritt die Partie der Maddalena erstmalig Paula Weber, während Kammerfänger Hans Keller ausbühnweise für den Sparofacile befristet wurde. In Mozarts „Entführung aus dem Serail“ ist Maximilian Willimshy als Belmonte sein Anstellungsgewinn fort. Den Osmin vertritt ausbühnweise Karl Wang vom Nationaltheater in Mannheim. Die Opern werden von den Kapellmeistern Schweppe und Lorenz dirigiert. — Am Sonntag, den 12. d. Mis., wird Wagners „Meisterfänger“ wiederholt.

Expresgut-Zustellung. In dieser gegenwärtig sehr wichtigen Angelegenheit erläßt die amtliche Expresgut-Befähilerei Werner & Gärtner in vorliegender Nummer eine Bekanntmachung, auf welche hier besonders hingewiesen wird.

DZ. Der Verkehrsverein Karlsruhe hielt am 1. ds. eine Ausschusssitzung ab. Die Zahl der Mitglieder ist um 80 auf 866 gestiegen. An außerordentlichen Zuwendungen sind dem Verein in den letzten Monaten 10 000 M. zugeflossen. Zur Erfüllung der stets wachsenden Aufgaben des Vereins wird der Hauptversammlung im März eine mögliche Erhöhung der Mitgliederbeiträge vorgeschlagen werden. Ganz besondere Aufmerksamkeit wendet der Vereinsvorstand u. a. der Verbesserung der Verkehrsverbindungen mit Karlsruhe und dem badischen Lande zu. Wie im vergangenen Jahre soll auch in diesem Jahre eine „Herbstwoche“ veranstaltet werden, die als ständige Einrichtung einen der Verkehrsmittelpunkte schaffen soll, die Karlsruhe unbedingt braucht, um seine Stellung als Kunststadt, Handels- und Industriestadt zu erhalten und weiter auszubauen. Die Frage der Wiedererschließung des Luftverkehrs für Karlsruhe gewinnt durch Maßnahmen unserer westlichen Nachbarn wieder an Bedeutung.

DZ. Feuer. Auf noch unaufgeklärte Weise geriet gestern vormittag in einem Hause der Hübschstraße ein auf dem Vorderplatz des 4. Stocks stehender Kleiderschrank in Brand. Der entstandene Schaden beträgt etwa 2300 M.

Staatsanzeiger.

Die Gebäudeversicherung.
Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes (Gesetz- und Verordnungsblatt 1920 S. 453 ff.) und gemäß § 8 unserer Vollzugsverordnung vom 12. Oktober 1920, die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt 1920 S. 502 ff.), für nach dem 1. Januar 1920 eingetretene Schadensfälle von der Gebäudeversicherungsanstalt zu gewährenden Zuschlag zu der gesetzlichen Entschädigung wird hiermit für Fälle, in denen die Wiederherstellung des Gebäudes in der Zeit vom 1. Juli 1921 bis einschließlich 31. Oktober 1921 erfolgte, auf das zwölfte der unter Zugrundelegung der Wapppreise vom 1. August 1914 zugewilligten Entschädigung festgesetzt.

Entschädigung und Zuschlag zusammen dürfen nicht höher sein als die tatsächlichen Kosten der Wiederherstellung des Gebäudes in den Stand unmittelbar vor dem Brand.

Karlsruhe, den 3. Februar 1922.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Leers.

Ausfall von Schnellzügen.
Da, wie schon bekannt gegeben, infolge des Streiks in Norddeutschland, die Kohlenzufuhr nach Süddeutschland auf dem Landweg in Stockung geraten ist und die französische Versorgungsbehörde auf dem Rhein schwimmende Kohlenflöße beschlagnahmt hat, ist die Eisenbahnverwaltung gezwungen, zur Streckung ihrer ohnehin nicht großen Kohlenvorräte Ein-

schänkungen im Personenzugverkehr eintreten zu lassen. Vom Sonntag, den 5. Februar werden daher, nachdem der Schnellzugverkehr nach und von Norddeutschland durch den Streit bereits unterbrochen ist, nach einer Vereinbarung mit den beteiligten Nachbardirektionen im Reich der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe, folgende Schnellzüge bis auf weiteres ausfallen:

- Zug D 2 Heidelberg ab 9,02 vorm., Basel an 1,47 nachm.,
- „ D 156 Heidelberg ab 2,00 nachm., Offenburg an 4,45 nachm.,
- „ D 94 Heidelberg ab 10,14 nachm., Bruchsal an 11,16 nachm.,
- „ D 136 Mannheim ab 8,44 vorm., Karlsruhe an 9,49 vorm.,
- „ D 159 Offenburg ab 12,48 nachm., Heidelberg an 3,33 nachm.,
- „ D 1 Basel ab 3,25 nachm., Heidelberg an 7,43 nachm.,
- „ D 141 Bruchsal ab 6,14 nachm., Heidelberg an 6,46 nachm.,
- „ D 74 Heidelberg ab 6,53 nachm., Ludwigshafen an 7,30 nachm.,
- „ D 39 Ludwigshafen ab 9,53 nachm., Heidelberg an 10,29 nachm.,
- „ D 152 Offenburg ab 9,35 vorm., Konstanz an 2,30 nachm.,
- „ D 153 Konstanz ab 4,20 nachm., Offenburg an 9,01 nachm.,
- „ D 59 Karlsruhe ab 9,24 vorm., Mühlacker an 10,25 vorm.,
- „ D 69 Karlsruhe ab 10,55 nachm., Mühlacker an 12,05 vorm.,
- „ D 88 Mühlacker ab 7,00 vorm., Karlsruhe an 7,50 vorm.,
- „ D 4 Mühlacker ab 5,45 nachm., Karlsruhe an 6,35 nachm.,
- „ D 59 Graben-Neudorf ab 9,35 vorm., Mühlacker an 10,32 vorm.,
- „ D 69 Bruchsal ab 11,19 nachm., Mühlacker an 12,03 vorm.,
- „ D 68 Mühlacker ab 7,07 vorm., Bruchsal an 7,45 vorm.,
- „ D 4 Mühlacker ab 5,37 nachm., Bruchsal an 6,11 nachm.,
- „ D 93 Karlsruhe ab 7,25 vorm., Heidelberg an 8,23 vorm.

Bereits ausgefallen sind:
Zug D 87 Ludwigshafen ab 6,30 nachm., Würzburg an 11,21 nachm.,

- „ D 38 Würzburg ab 3,49 vorm., Ludwigshafen an 8,55 vorm.,
- „ D 75 Basel ab 2,50 nachm., Mannheim an 7,43 nachm.,
- „ D 76 Mannheim ab 11,55 vorm., Basel an 4,40 nachm.,
- „ D 281 Basel ab 11,30 nachm., Mannheim an 4,59 vorm.,
- „ D 282 Mannheim ab 1,48 vorm., Basel an 6,48 vorm.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:
Revisionsoberinspektor Albert Simon bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum Oberrechnungsrat.

Planmäßig angestellt:
Verwaltungsaktuar Ab. Eichler beim Bezirksamt Weinheim als Verwaltungsoberssekretär, Verwaltungsaktuar Friedr. Nupp und Karl Dittes beim Bezirksamt Mannheim als Verwaltungsobersekretäre.

Berufen:
Direktor Dr. Anton Braun an der Realschule in Leisberg an das Realgymnasium mit Realschule in Weinheim.

Zustizministerium.
Ernannt:
Direktor Willy Mensing in Karlsruhe zum Handelsrichterstellvertreter beim Landgericht daselbst; Hilfsaufseher Heinrich Grimm beim Amtsgericht Heidelberg zum Aufseher.

Arbeitsministerium.
Wasser- und Straßenbaudirektion.

Ernannt:
zum Oberstraßenmeister der Straßenmeister Franz Bärle beim Wasser- und Straßenbauamt Pforzheim, zum Bauobersekretär der Kulturaufsicht Otto Baumann beim Kulturbauamt Tauberbischofsheim, zu planmäßigen Straßenwärtern: Die Landstraßenwärter Karl Blum I in Reicholzheim, August Fischer in Horheim, Jakob Gehrig in Aglasterhausen, Gustav Kaiser in Buch, Konrad Weik in Redargemünd.

Zurückgesetzt:
Oberdammermeister Konrad Reimann in Weisach wegen vorgerückten Alters.

Ministerium der Finanzen.
Ernannt:
Stadtrechner Alfred Schlager in Pforzheim zum Finanzinspektor bei der Landeshauptkasse.

Den feinsten Kaffee

trinkt man bestimmt dort, wo Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenzen zu Bohnen oder Malz hinzugegeben wird: das bereichert den Geschmack und hilft außerdem sehr erfreulich sparen!
Originaldosen u. Silbe zu haben in den Gesch.



Amtliche Bekanntmachung.

Das Ergebnis der am 29. Januar 1922 durch die Angestellten vorgenommenen Wahl der Vertrauens- und Erfahrmänner für die Angestelltenversicherung wurde durch den Wahlvorstand (§ 26 der Wahlordnung) festgestellt wie folgt:

Es wurden insgesamt 1956 gültige Stimmen abgegeben von denen entfielen auf

die Liste A	319 Stimmen
die Liste B	334 Stimmen
die Liste C	442 Stimmen
die Liste D	861 Stimmen

Es sind demnach nach dem Proportionalssystem gewählt (§§ 8 Abs. 2, § 28, § 29, 30 der Wahlordnung).

- I. als Vertrauensmänner:
1. Oskar Gisinger, Kaufmannsgehilfe (Liste C)
 2. Max Rottermann, Versicherungsbeamter (Liste D)
 3. Julie Gilbert, Gewerkschaftsbeamtin (Liste B)
 4. Wilhelm Gausse, Ingenieur (Liste D)
- II. als erste Erfahrmänner:
5. Karl Huf, Geschäftsführer (Liste A)
 6. Hermann Ruhmann, Montageinspektor (Liste D)
 7. Karl Dreßbach, Gewerkschaftsbeamter (Liste C)
 8. Clara Klein, Buchhalterin (Liste B)
- als zweite Erfahrmänner:
9. Gottlieb Benz, Werkmeister (Liste D)
 10. Wilhelm Bender, Buchhalter (Liste A)
 11. Lina Dettler, Kassiererin (Liste D)
 12. Georg Geuner, Behördenangestellter (Liste C)

Dies wird mit dem Anfügen bekannt gemacht, daß die Gültigkeit der Wahl binnen einem Monat nach dieser Bekanntmachung bei dem Bezirksamt Karlsruhe angefochten werden kann (§ 32 der Wahlordnung).
Karlsruhe, den 30. Januar 1922. O. 3. 13
Bad. Bezirksamt. — Der Wahlleiter.

Sonntag, den 5. Februar 1922.
Landestheater. Konzerthaus.
— 9 Uhr. Mk. 50.— 10 Uhr. Mk. 21.—
Undine. Die beiden Seehunde.

Amtliche Ein- und Expresgut-Zustellung betreffend.

Durch die Aufhebung des seitherigen Badischen Expresguttarifs am 1. Februar 1922 tritt eine Änderung in der Expresgut-Zustellung nicht ein. Eine zwangsweise Zustellung hat bisher überhaupt nicht bestanden.
Wir werden nach wie vor nach bahnspezifischer Überweisung der ankommenden Güter an uns dieselben in der bisher geübten pünktlichen und gewissenhaften Weise den Empfängern zuführen.
Vollmachten sind nicht erforderlich.

Werner & Gärtner
Amtliche Expres- u. Gültgut-Zustellung der Reichsbahnen.
Telephon: Expres 447, Gültgut 2950, Frachtgut 247.

Aufruf

für die deutsche Festspielstiftung Bayreuth.

Eines der edelsten Kleinode deutscher Kultur, die im Vertrauen auf deutschen Geist begründeten und zur höchsten Blüte gekommenen

Bayreuther Bühnenfestspiele

sind in Gefahr, für immer verloren zu gehen. Seit dem Sommer 1914 ist das Festspielhaus auf dem grünen Hügel von Bayreuth geschlossen. Das wirtschaftliche Wagnis einer Wiederaufnahme der Spiele ist unter den heutigen Verhältnissen so groß geworden, daß es von dem Haus Wahnfried nicht mehr allein getragen werden kann, das zudem sich niemals von dem Ertragnis der Festspiele bereichert hat, sondern diesem idealen Bestium des deutschen Volkes stets viele Opfer brachte. Wer die Kunst liebt, der muß Bayreuth zu Hilfe kommen.

In Leipzig haben die alten Vorkämpfer der Wagner-Sache im engsten Einvernehmen mit den Nachkommen Richard Wagners zur Wiederaufnahme der Festspiele die deutsche „Festspielstiftung Bayreuth“ gegründet.

Es gilt, durch Zeichnung von Patronatscheinen und durch sonstige freiwillige Zeichnungen die Stiftung möglichst schnell auf die Höhe von mindestens drei Millionen Mark zu bringen. Wenn dies gelingt, so ist die Wiederaufnahme der Festspiele im Jahre 1923 gesichert. Wenn also an der Erhaltung des Wertes von Bayreuth gelegen ist und wer sich der dort genossenen Stunden innerster Beglückung erinnert, unterstütze die neue Festspielstiftung. Den Zeichnern von Patronatscheinen sind bedeutende Vorrechte für den Besuch der Festspiele eingeräumt. Das Werk der Rettung Bayreuths muß gelingen.

Patronatscheine sowie Druckschriften durch die Unterzeichneten und die Geschäftsstelle: Vordirektor Lorenz, Südd. Disconto-Gesellschaft A.-G., Filiale Karlsruhe, erhältlich.

Namens des Zentralauschusses:
Staatspräsident und Unterrichtsminister Dr. Hummel.

- Der Ortsauschuß:
- Erzlegung Wirtl. Geh. Rat Dr. Sieflin; Ministerialrat Dr. Barning; Oberbaurat Professor Dr. Billing, Direktor der Landesmusikschule; Operndirektor Cortalesis; Kammerjäger Böttner; Mediziner und Generalsekretär Dees, Vorsitzender des Vereins Karlsruher Presse (Journalisten- und Schriftstellerverein); Professor Feßl, Vorsitzender des Vereins bildender Künstler; Dr. Huter, Oberbürgermeister; Hochschulpflicht Professor Gelpach; Kammermusikdirektor; Dr. Knittel, Vorsitzender des Vereins süddeutscher Zeitungsvorleger; Architekt Eingeßner; Kapellmeister Breunig; Stadtdirektor Lorenz; Kommerzienrat Moninger; Geh. Rat Professor Dr. von Dechshäuser; Hochschulpflicht Professor Paulke; Schriftsteller Alder; Professor Schmid, Direktor des Bad. Konservatoriums; Kammerjägerin Standig; Kommerzienrat Dr. M. A. Strauß; Erzlegung Wirtl. Geh. Rat Dr. Hans Thoma; Volkner, Intendant des Bad. Landestheaters.

Total-Ausverkauf.

Aus unseren Restbeständen empfehlen wir als besonders preiswert:

- Herrenanzüge 3teil., mit Zanellafutter . . . von M. 400 an
- Herrenmüster in vielen Farben zu M. 130
- Konfirmandenanzüge 3teil. m. Zanellafutter zu M. 200
- Anabenanzüge grau, 3teilig mit Zanellafutter zu M. 150
- Kinder- u. Mädchenkleider in versch. Farb. von M. 60 an
- Militärjoppen u. -Hosen, feldgrau, sehr billig
- Männersocken, grau von M. 10 an
- Frauenstrümpfe, schwarz zu M. 20
- Anabenhemden weiß, getragen zu M. 20

Städtische Bekleidungsstelle Karlsruhe
Ausstellungshalle.
Geöffnet von morgens 8 bis abends 1/6 Uhr. R. 997

Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. :-

Niederlassungen in Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz
Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-
R. 959

Charakter-

deutung
(20 Zeilen in Linde gedr.)
Mark 6.60 R. 959

Grapholog. Institut

A. S. Ritter
Karlsruhe, Körnerstraße 30
Ermittlung der
Eigentümlichkeit einer
Hand.
R. 282.21 R. 959. Die
Zentrale der landwirtschaftlichen
Lagerhäuser e. G. m. b. H.,
in Tauberbischofsheim, Pro-
zessbevollmächtigter Rechts-
anwalt, Spiegel, daselbst,
klagt gegen den Gärtner

des Landgerichts zu Mosbach auf Samstag, den 6. Mai 1922, vormittags 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Mosbach, 2. Febr. 1922.
Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Die Maurer, Zimmer-, Maler-, Schreiner-, Schlosser- und Tischlerarbeiten für den Einbau einer Dachstuhlwohnung im Aufnahmehaus zu vergeben. Zeichnungen, Bedingungen liegen bis einschl. 11. Februar bei der Bauwerkerei Mastatt zur Einsicht auf, dort auch Abgabe der Angebotsordnungen. Weitere Anlaufstelle erteilt unser Hochbauamt Karlsruhe. Angebote, verschlossen, postfrei und mit der nötigen Aufschrift versehen, sind bis längstens Montag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Karlsruhe, 25. Jan. 1922.
Baubauinspektion 2.